

# AGF EuropaNews

**Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2019**

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
Neue EU-Kommissionsmitglieder vorgeschlagen .....	1
EU-Parlament: Erhöhung der Budgets für Forschungsprogramme und Jugendmobilität .....	1
Ausschuss der Regionen: Erster Regionaler Sozialanzeiger .....	2
EU-Kommission: Schulprogramme für gesunde Ernährung laufen weiter .....	2
EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zur Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen ..	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten.....</b>	<b>3</b>
Bulgarien: Oberster Gerichtshof beschließt Aufenthaltsrecht für gleichgeschlechtliche PartnerInnen.....	3
Estland: Reform des Vaterschaftsurlaubs.....	3
Italien: Neue Förderung für Work-Life-Balance-Projekte .....	3
Schweiz: Gestiegene Zahl der Scheidungen im Jahr 2018.....	3
Großbritannien: Neue Projekte zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.....	4
Großbritannien: Neue Statistik zu verschiedenen Familienformen .....	4
Frankreich: Neues Bioethikgesetz.....	4
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>4</b>
COFACE Families Europe: Stellungnahme zur neuen EU-Kommission.....	4
COFACE Families Europe und Eurochild: Forderungen an die neue EU-Kommission.....	5
Weltkindertag unter dem Motto „Wir Kinder haben Rechte“ .....	5
Hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl durch junge WählerInnen.....	5
EU-Unterstützung für Fonds für Opfer sexueller Gewalt in Konfliktsituationen .....	6
Neue Richtlinien für digitale Jugendarbeit .....	6
Flagship-Konferenz „Building a Social Europe“ .....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>6</b>
Eurydice-Studie zu digitalem Unterricht in europäischen Schulen .....	6
OECD: Bildung auf einen Blick 2019.....	7
UNICEF: Die Onlinespiele-Industrie und die Rechte von Kindern .....	7
Europäische Kommission: Bericht zur Integration der Roma .....	7
OECD-Bericht zu Arbeitsmarkt und Gender in den Niederlanden .....	8
ESPN: Bericht über Strategien im Kampf gegen Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung am Wohnungsmarkt.....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>9</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### Neue EU-Kommissionsmitglieder vorgeschlagen

Die designierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Positionen und Mitglieder der nächsten Kommission von 2019 bis 2024 vorgestellt. Sie sollen ihre Ziele und Schwerpunkte des europäischen „Grünen Deal“, eines digitalen Europas und einer Wirtschaft für die BürgerInnen widerspiegeln. So hat der Rat der EU mit Frans Timmermans, Margrethe Vestager und Valdis Dombrovskis ExpertInnen für je eines dieser Themen als Exekutiv-VizepräsidentInnen gewählt. Insgesamt ist es Ziel der neuen Kommission, Leben und Arbeit von Menschen und Unternehmen zu erleichtern. Bevor sie ihre Arbeit aufnehmen kann, muss sie noch vom EU-Parlament bestätigt werden.

### EU-Kommission: Europäischer Bildungsgipfel

Zum zweiten Mal hat auf Einladung der EU-Kommission der Europäische Bildungsgipfel stattgefunden. Er war im vergangenen Jahr ins Leben gerufen worden, um das Ziel eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums voranzubringen. Schwerpunkt in diesem Jahr waren die Lehrkräfte: Bildungskommissar Navracsics forderte mehr Investitionen in Lehrpersonal und den verstärkten Einbezug ihrer Bedürfnisse in die Bildungspolitik. Auch der anlässlich des Gipfels vorgestellte Bildungs-Monitor widmet sich schwerpunktmäßig diesem Thema. Behandelt werden Themen wie zum Beispiel der Lehrermangel in verschiedenen EU-Staaten, zukünftiger Bedarf an Lehrkräften und den Auswirkungen demographischer Prozesse auf diese Entwicklung. Betont wird außerdem die Notwendigkeit, die Nutzung von Informationstechnologien im Unterricht auszubauen und den Unterricht inklusiver zu gestalten. Zudem enthält der Monitor Zahlen zur Entwicklung der Bildung in den Mitgliedstaaten: Demnach ist die Zahl der vorzeitigen SchulabgängerInnen in der EU im Vergleich zum letzten Jahr gesunken, der Anteil junger Menschen mit Hochschulabschluss gestiegen. Auch der Anteil von Kindern in frühkindlicher Bildung ist angestiegen. Dennoch sind weiterhin Kinder und Jugendliche in der EU von Bildungsarmut betroffen.

- [Der Europäische Bildungsgipfel](#) 
- [Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung](#)

### EU-Parlament: Erhöhung der Budgets für Forschungsprogramme und Jugendmobilität

Das EU-Parlament hat sich geeinigt, die EU-Forschungsprogramme und die Jugendmobilität aufzustocken. Das Budget für die Forschungsförderung im Rahmen des Programms Horizont 2020 soll um 80 Millionen Euro, die Jugendmobilität mit Erasmus+ um 20 Millionen Euro erhöht werden. Die zusätzlichen Mittel für Horizont 2020 sollen in Projekte zur klimabezogenen Forschung fließen. Damit soll das Ziel erreicht werden, künftig 35% der Horizont 2020-Mittel für Forschung zum Klima und dessen Veränderung aufzuwenden. Die Aufstockung der Mittel geht auf die Einigung mit Kommission und Rat zurück, nicht ausgeschöpfte Mittel aus dem letzten EU-Haushalt an die Programme für Forschung und Bildung zu vergeben. Der nun vom Parlament eingebrachte Vorschlag für ihre Verwendung muss von den beiden anderen Institutionen noch bestätigt werden.

- [Zur Pressemitteilung der Kommission](#)

## Ausschuss der Regionen: Erster Regionaler Sozialanzeiger

Der Ausschuss der Regionen hat erstmals einen „Regionalen Sozialanzeiger“ veröffentlicht, um Sozialstruktur und ihre Entwicklung differenzierter als bisher abbilden zu können. Insgesamt geht aus ihm hervor, dass die meisten Regionen in der EU in den Jahren von 2014 bis 2018 in der gesellschaftlichen Teilhabe Fortschritte gemacht haben. Er enthält Daten zu Armut und sozialer Ausgrenzung, Bildung, Beschäftigung und Lebenserwartung. Im Bereich der Armutsbetroffenheit zeigt sich die Notwendigkeit nach kleinräumiger Auswertung besonders deutlich: Während in Italien die Region Bozen nur einen Prozentsatz von 8,5% Betroffener aufweist, sind es in Sizilien 52,1%. Die Ergebnisse der Regionen werden nach Anzahl der positiv bewerteten Indikatoren in stark bzw. mäßig verbesserte, stagnierende und rückläufige Regionen eingeteilt. So soll die Gesamtheit der ausgewerteten Themen vergleichbar dargestellt werden.

## EU-Kommission: Schulprogramme für gesunde Ernährung laufen weiter

Zu Beginn des neuen Schuljahres hat EU-Landwirtschaftskommissar Hogan auf die Wichtigkeit gesunder Ernährungsgewohnheiten hingewiesen. So stehen auch in diesem Schuljahr wieder insgesamt 250 Millionen Euro für die EU-Schulprogramme zur gesunden Ernährung zur Verfügung. In den Schuljahren 2017 und 2018 wurden damit 20 Prozent aller Kinder in der EU erreicht. Neben der Ausgabe von Obst, Gemüse und Milch werden Kenntnisse über Ernährung, Landwirtschaft und die Herstellung von Lebensmitteln vermittelt. Außerdem wird ein Unterrichtspaket für LehrerInnen zur Verfügung gestellt, das Lehrmaterialien für die Altersstufe von 11 bis 15 Jahren enthält und direkt im Unterricht eingesetzt werden kann.

- [Schulobst- und -gemüseprogramm sowie Schulmilchprogramm der EU](#) 
- [Unterrichtspaket für Lehrer](#)

## EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zur Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen

Im Rahmen der Europäischen Strategie für Menschen mit Behinderungen 2010-2020 werden seit dem Jahr 2010 verschiedene Maßnahmen angeboten, die Menschen mit Behinderungen in der EU das Leben erleichtern und ihre gesellschaftliche Teilhabe fördern sollen. Um die europäische Politik für Menschen mit Behinderungen in Zukunft noch wirksamer gestalten zu können, hat die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation zur Umsetzung dieser Strategie gestartet. Besonders zur Beteiligung aufgerufen sind Menschen mit Behinderungen und ihre Familien, SozialarbeiterInnen, VertreterInnen von Interessenorganisationen und MitarbeiterInnen in betreffenden Bereichen der öffentlichen Verwaltung. Die Rückmeldungen über die Umsetzung können im Rahmen der Konsultation bis zum 23. Oktober abgegeben werden.

- [Öffentliche Konsultation zur Umsetzung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen](#)

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

### Bulgarien: Oberster Gerichtshof beschließt Aufenthaltsrecht für gleichgeschlechtliche PartnerInnen

Der oberste Gerichtshof in Bulgarien hat entschieden, dass gleichgeschlechtlichen PartnerInnen von bulgarischen BürgerInnen ein Aufenthaltsrecht zusteht. Dieses muss in Zukunft gewährt werden, wenn eine Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft besteht. Der Sachverhalt musste gerichtlich geklärt werden, da Bulgarien selbst keinen rechtlich anerkannten Status für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ermöglicht. Mit der Entscheidung folgt das bulgarische Gericht einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Juni 2018, nach dem Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die gleichgeschlechtlichen PartnerInnen wie heterosexuelle eingetragene Partnerschaften oder Ehen zu behandeln. Dies gelte unabhängig davon, ob die eigene Gesetzgebung des Mitgliedstaates gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder Ehen anerkenne.

### Estland: Reform des Vaterschaftsurlaubs

Das Sozialministerium Estlands hat eine Reform des Vaterschaftsurlaubs beschlossen, die ab dem 1. Juni 2020 wirksam werden soll. Zukünftig besteht ein Anspruch auf 30 anstatt wie zuvor auf zehn Tage Vaterschaftsurlaub. Mit der Reform können diese gleichzeitig mit dem Mutterschutz oder im Anschluss daran in Anspruch genommen werden. Außerdem wird der Lohnausgleich für die Zeit der Abwesenheit nun von der Sozialversicherungsanstalt statt wie zuvor vom Arbeitgeber bezahlt. Die Reform soll dazu führen, dass alle Väter unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus den Vaterschaftsurlaub beanspruchen können. Sie soll eine gleichere Verteilung der Erziehungs- und Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern fördern. Im Jahr 2018 nahmen 72% der Väter in Estland den Vaterschaftsurlaub in Anspruch, 10,9% der ElterngeldempfängerInnen waren Väter.

### Italien: Neue Förderung für Work-Life-Balance-Projekte

Die Abteilung für Familienpolitik der italienischen Regierung hat ein neues Programm angekündigt, das Maßnahmen zur Work-Life-Balance von Eltern fördern soll. Eine Förderung aus dem Programm mit einem Gesamtbudget von 74 Millionen Euro kann von Unternehmen, Genossenschaften und weiteren Organisationen mit mindestens 50 MitarbeiterInnen beantragt werden. Die Projekte sollen die Beschäftigung von Frauen, die gleiche Verteilung von Erziehungs- und Pflegetätigkeiten zwischen den Geschlechtern und die Unterstützung von Familien mit Angehörigen mit Behinderungen fördern. Unter dem Hashtag #Consiliamo wird das Programm auch auf Social Media beworben, um eine hohe Inanspruchnahme der Förderungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

### Schweiz: Gestiegene Zahl der Scheidungen im Jahr 2018

Das Bundesamt für Statistik der Schweiz hat die Statistik für natürliche Bevölkerungsbewegungen für das Jahr 2018 veröffentlicht. Sie verzeichnet für das Jahr 2018 eine um 4 Prozentpunkte gestiegene Scheidungsrate. Von diesen Zahlen ausgehend beträgt die Wahrscheinlichkeit einer Scheidung für Ehen in der Schweiz 40,2%. Die durchschnittliche Ehedauer in der Schweiz beträgt damit aktuell 15,2 Jahre, wobei 40% der Scheidungen in den ersten zehn Ehejahren und 30% der Scheidungen nach zwanzig oder mehr Ehejahren erfolgen. Im Jahr 2018 waren bei 46% der geschiedenen Ehen minderjährige Kinder betroffen. Auch die Zahl der Eheschließungen ist im

Jahr 2018 mit 0,4 Prozentpunkten leicht angestiegen. Trotz einer ebenso leicht angestiegenen Geburtenzahl von 0,5 Prozentpunkten bleibt die Geburtenrate stabil bei durchschnittlich 1,5 Kindern pro Frau.

➤ [Zur Pressemitteilung des Bundesamtes für Statistik der Schweiz](#) 

## Großbritannien: Neue Projekte zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Der Fachbereich Gesundheit und Soziales der britischen Regierung hat neue Förderungsmöglichkeiten zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen angekündigt. Derzeit erhält der National Health Service im Rahmen eines langfristigen Plans zur Prävention und Behandlung psychischer Erkrankungen bereits 2,3 Milliarden Pfund jährlich für Angebote, die sich an die gesamte Bevölkerung richten. Mit zusätzlichen 3,3 Millionen Pfund sollen nun die Angebote speziell für Jugendliche ausgebaut werden. Sie sollen unter den Gemeinden aufgeteilt werden, um lokale Präventions- und Behandlungsangebote zu fördern. Dabei soll ein Fokus auf die Kinder und Jugendlichen gesetzt werden, die von den bestehenden Angeboten nicht erreicht werden, wie zum Beispiel LGBTQI-Jugendliche oder Angehörige weiterer Minderheiten.

## Großbritannien: Neue Statistik zu verschiedenen Familienformen

Das Büro für Nationale Statistik von Großbritannien hat neue Auswertungen zu verschiedenen Familienformen veröffentlicht. Laut der Statistik sind unverheiratet zusammen lebende Paare mit Kindern mit 17,9 % der Familien die am stärksten wachsende Gruppe und macht inzwischen nach Verheirateten den zweithäufigsten Familientyp in Großbritannien aus. Familien mit einem gleichgeschlechtlichen Elternpaar haben sich seit 2015 verdoppelt, die Zahl gleichgeschlechtlicher Ehen in diesem Zeitraum hat sich vervierfacht.

## Frankreich: Neues Bioethikgesetz

Die französische Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit eine Vorlage der Regierung für ein neues Gesetz zur Bioethik angenommen. Nach diesem Gesetz soll die In-Vitro-Befruchtung künftig auch allein lebenden Frauen möglich sein. Da diese Neuerung die Nachfrage nach Samenspenden voraussichtlich erhöhen wird, soll auch dieser Bereich gesetzlich reformiert werden: Die Anonymität der Spender wird insoweit aufgehoben, dass Kindern in Zukunft nach Erreichen der Volljährigkeit ein Recht auf Informationen über den biologischen Vater zusteht. Verboten bleiben dagegen Leihmutterschaft, sogenannte postmortale Befruchtung mit dem konservierten Sperma eines verstorbenen Partners und die Präimplantationsdiagnostik beim Einsetzen einer befruchteten Eizelle. Konservative und religiöse Vertreter/innen kritisieren das geplante Gesetz und warnen vor einer Zunahme vaterlos aufwachsender Kinder.

## Weitere Nachrichten

---

### COFACE Families Europe: Stellungnahme zur neuen EU-Kommission

Der europäische Zusammenschluss COFACE Families Europe hat eine Stellungnahme zur neuen EU-Kommission veröffentlicht. In der Stellungnahme nimmt sie eine nähere Betrachtung der neuen Positionen vor und zeigt auf, dass das Fehlen eines Kommissars für Soziales nicht zwingend eine Abkehr von einer sozialen Agenda bedeute:



Vielmehr seien die Aufgaben differenzierter aufgeschlüsselt und auf die Bereiche Demographie, Wirtschaft und Finanzen, Arbeit und Gleichstellung verteilt. COFACE Families Europe zeigt sich zuversichtlich, dass die neue geschlechterparitätisch besetzte Kommission die Stellung der Familien und die Gleichstellung der Geschlechter priorisieren wird.

- [Zur Pressemitteilung der COFACE](#) 

## COFACE Families Europe und Eurochild: Forderungen an die neue EU-Kommission

COFACE Families Europe hat das Positionspapier „A New Deal for Families of Today“ veröffentlicht. Darin fordert sie die neue EU-Kommission auf, in den Jahren 2020-2024 konkrete Schritte im Hinblick auf die Europäische Säule sozialer Rechte und die Ziele für nachhaltige Entwicklung bis zum Jahr 2030 einzuleiten. COFACE fordert u.a. die Gleichberechtigung aller Familienformen, die Investition in das Wohlergehen von Kindern, die Förderung politischer Partizipation von Familien und die Armutsbekämpfung insbesondere von Familien. Die Organisation Eurochild veröffentlichte einen offenen Brief an die EU-Kommission, in dem sie die Position eines EU-Kommissars für Kinder fordert. In einer fiktiven Stellenausschreibung wird die Vertretung der Interessen aller EU-BürgerInnen unter 18 Jahren und die Umsetzung der Kinderrechte als Hauptaufgabe definiert.

- [A New Deal for Families of Today](#)  
- [Offener Brief an die EU-Kommission von Eurochild](#)  
- [Aufgaben für EU-KommissarIn nach Eurochild](#) 

## Weltkindertag unter dem Motto „Wir Kinder haben Rechte“

Der Weltkindertag am 20. September war in diesem Jahr auch der Tag des dreißjährigen Bestehens der UN-Kinderrechtskonvention. Neben dem Recht auf das Kindeswohl, auf Gesundheitsversorgung und Bildung enthält die Konvention auch das Recht auf Beteiligung für Kinder. In Deutschland lautete das Motto von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk „Wir Kinder haben Rechte“. Die Organisationen wollten damit ihre Forderung in den Fokus rücken, Kinder über ihre Rechte zu informieren und sie stärker zu hören und zu beteiligen. UNICEF Deutschland wies auf den Bericht zur EU Kids Onlinebefragung hin, dass auch die Kinderrechte im digitalen Raum beachtet und geschützt werden müssen.

- [Bericht zur EU Kids Online-Befragung](#)

## Hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl durch junge WählerInnen

Die hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Mai dieses Jahres geht vor allem auf die jungen BürgerInnen Europas zurück. Mit 50,6% Prozent war die Wahlbeteiligung im Jahr 2019 auf ihrem höchsten Stand seit 1994, wobei 19 Staaten einen Anstieg seit der letzten Europawahl im Jahr 2014 verzeichneten. Die Auswertung der Eurobarometer-Umfrage zur Wahl zeigt, dass dieser Anstieg besonders durch die jungen WählerInnen zustande kam: So ist die Beteiligung bei den unter 25-Jährigen um 14 Prozentpunkte, bei den 25-39-Jährigen um 12 Prozentpunkte gestiegen. Die wichtigsten Themen, die die BürgerInnen zu Wahl motiviert haben, waren laut dieser Auswertung: Wirtschaft und Wachstum, Klimawandel, Menschenrechte und Demokratie sowie die Zukunft der EU und das Thema Migration.

- [Report zur EU-Wahl](#)  





## EU-Unterstützung für Fonds für Opfer sexueller Gewalt in Konfliktsituationen

Die EU-Kommission wird den Internationalen Fonds für Opfer sexueller Gewalt in Konfliktsituationen mit zwei Millionen Euro unterstützen. Damit erkenne man sexuelle Gewalt als eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen an, die für Betroffene und die Gesellschaft mit Folgeschäden einhergehe. In Kriegs- und Konfliktsituation seien diese ungleich schwerer, da die Betroffenen ihr gesamtes Leben neu aufbauen müssten. Der neu ins Leben gerufene Fonds basiert auf der Arbeit der FriedensnobelpreisträgerInnen Dr. Denis Mukwege und Nadia Murad, den Erfahrungen und Forderungen Betroffener sowie der Verpflichtung der Vereinten Nationen und soll am 30. Oktober in New York offiziell angekündigt werden. Auch einzelne EU-Staaten wie Frankreich und Deutschland haben bereits ihre Unterstützung angekündigt.

- [Zur Pressemitteilung der Kommission](#) 

## Neue Richtlinien für digitale Jugendarbeit

Im Rahmen einer europäischen Partnerschaft hat der National Youth Council of Ireland Richtlinien zur digitalen Jugendarbeit entwickelt. Sie sollen Fachkräfte der Jugendsozialarbeit und PolitikerInnen über digitale Möglichkeiten der sozialen Arbeit mit Jugendlichen aufklären. Die AutorInnen betonen, dass Jugendliche in besonders hohem Maße gesellschaftliche Digitalisierungsprozesse aufgreifen und über informelle Angebote im Netz gut erreichbar seien. Mit digitaler Jugendsozialarbeit könne man auch Jugendliche erreichen, die wegen unterschiedlicher Benachteiligungen erschwerten Zugang zu Beratungsangeboten haben. Die digitale Jugendsozialarbeit könne Jugendlichen aus allen Milieus einen Ort bieten, um kritische und innovative Perspektiven auf die Digitalisierung zu entwickeln und sie so zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Mit den neuen Richtlinien stehen Fachkräften in diesem Bereich nun Best Practices und Ressourcen zur Weiterbildung zur Verfügung

- [European Guidelines for Digital Youth Work](#)  

## Flagship-Konferenz „Building a Social Europe“

Im Rahmen der finnischen Ratspräsidentschaft fand als offizielle Begleitveranstaltung der „High-Level Conference on the Economy of Wellbeing“ vom 16.-18. September die Flagship-Konferenz „Building a Social Europe“ in Helsinki statt. Sie bot eine Gelegenheit für VertreterInnen europäischer Nichtregierungsorganisationen, PolitikerInnen der Mitgliedstaaten und aus den Gremien der EU miteinander in die Diskussion zu treten. Hauptthemen waren die Möglichkeiten partizipativer Demokratie und die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit in einer Wirtschaft, die den BürgerInnen dient.

- [Zur Veranstaltungswebsite inkl. Video-Dokumentation und Schlussfolgerungen](#) 

## Berichte und Studien

---

### Eurydice-Studie zu digitalem Unterricht in europäischen Schulen

Das Europäische Bildungsinformationsnetzwerk Eurydice hat im Auftrag der EU-Kommission eine Studie zu digitalen Unterrichtsangeboten an europäischen Schulen durchgeführt. Der nun veröffentlichte Bericht gibt einen

Überblick zu Unterrichtsformaten zur Förderung digitaler Kompetenzen der SchülerInnen, der Nutzung digitaler Technologien und der bildungspolitischen Strategien der Mitgliedstaaten. Einbezogen wurden neben den Mitgliedstaaten Liechtenstein, Norwegen, die Schweiz, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Island und die Türkei. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die große Mehrheit der untersuchten Staaten die Entwicklung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen Schulbildung gezielt fördern, wobei sich die Hälfte der Staaten an der gemeinsamen europäischen Strategie orientiert. Die Ausgestaltung der neuen Unterrichtsinhalte variiert stark zwischen den Staaten. Insgesamt entwickelt sich die Unterrichtskonzeption zur Einführung einzelner Fächer, in denen digitale Kompetenz vermittelt wird, anstatt diese in integrierten Lernangeboten zu vermitteln.

- [Euridyce Report Digital Education at School in Europe](#)  

### OECD: Bildung auf einen Blick 2019

Der OECD-Bericht Bildung auf einen Blick für das Jahr 2019 ist erschienen. Darin finden sich vergleichbare Daten zu den Bildungssystemen der OECD-Staaten sowie einiger Partnerländer. Sie umfassen Auswertungen zu den personellen und finanziellen Investitionen, zur Funktionsweise und Weiterentwicklung, zur Bildungsbeteiligung und zu den messbaren Ergebnissen der Bildungssysteme. Der Bericht zeigt, dass die Nachfrage nach AbsolventInnen mit Hochschulabschluss gleichbleibend hoch ist, obwohl das Angebot an AbsolventInnen stetig steigt. Der Zugang zu (Fach-)Hochschulbildung hat sich insgesamt geöffnet, hier bestehen jedoch noch große Unterschiede zwischen den Staaten. Auch die Abschlussquoten im Sekundarbereich II sind insgesamt gestiegen, das heißt es machen in den betrachteten Staaten durchschnittlich mehr Menschen einen Schulabschluss. Als eine Herausforderung wurde die Einstellung einer ausreichenden Zahl an Lehrkräften identifiziert. So würden sie zum Beispiel im Schnitt lediglich 92% des Gehalts von HochschulabsolventInnen in anderen Branchen verdienen.

- [OECD Bildung auf einen Blick 2019](#)

### UNICEF: Die Onlinespiele-Industrie und die Rechte von Kindern

Das Diskussionspapier „Child Rights and Online-Gaming: Opportunities“ der UNICEF thematisiert, wie Kinderrechte in der Industrie der Onlinespiele berücksichtigt werden sollten. Zunächst wird dargestellt, dass Kinder eine wichtige Zielgruppe der umsatzstarken Industrie darstellen und die öffentliche Debatte um Nutzen und Risiko der Spiele für Kinder nachgezeichnet. Die Analyse zeigt auf, welche Forderungen aus einer Perspektive der Kinderrechte an Online-Spiele gestellt sein müssten: Betont wird hier die Wichtigkeit nichtdiskriminierender und kindgerechter Inhalte, der Schutz vor Missbrauch und das Recht auf Datenschutz, vor ökonomischer Ausbeutung und sexualisierter Gewalt im Netz.

- [Child Rights and Online Gaming: Opportunities & Challenges for Children and the Industry](#) 

### Europäische Kommission: Bericht zur Integration der Roma

Der Jahresbericht über die Integration der Roma untersucht ihre gesellschaftliche Teilhabe anhand der Bereiche Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnraum. Insbesondere im Bereich der Bildung weist der Bericht auf Fortschritte hin. Inzwischen besuchen europaweit im Schnitt 90 Prozent der Roma-Kinder die Grundschule und die Sekundarstufe I. EU-Justizkommissarin Jourová kommentierte, dass bis zur vollständigen Integration der Roma für die Mitgliedstaaten noch viel Arbeit zu leisten sei. In den Bereichen Beschäftigung, Wohnen und



Gesundheitsversorgung bestünden noch erhebliche Zugangsbarrieren. Das aktuelle Eurobarometer zeige zudem, dass 61% der Befragten die Diskriminierung der Roma als verbreitet einschätzen und nur 19% den Eindruck haben, dass die Anstrengungen zum Abbau der Benachteiligung wirksam seien.

- [Report zur Implementierung der Strategie zur Integration der Roma](#) 

## OECD-Bericht zu Arbeitsmarkt und Gender in den Niederlanden

Der OECD-Bericht "Part-time and Partly Equal: Gender and Work in the Netherlands" berichtet über den aktuellen Stand der Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Insgesamt sei die Quote berufstätiger Frauen in den Niederlanden hoch, allerdings arbeiteten sie zu 60% in Teilzeit. Dieser Anteil an Teilzeitbeschäftigten ist dreimal so hoch wie der, der niederländischer Männer und entspricht dem OECD-Durchschnitt für weibliche Teilzeitbeschäftigung. Dieser sogenannte Gender-Time-Gap verstärkte sich mit der Geburt des ersten Kindes. Der Bericht gibt Policy-Empfehlungen zur Angleichung weiblicher und männlicher Arbeitszeiten. Dazu zählen Maßnahmen, die Väter dazu motivieren, Erziehungs- und Pflegetätigkeiten zu übernehmen und Arbeitszeit zu reduzieren bzw. in Elternzeit zu gehen. Außerdem wird die Bedeutung flächendeckend verfügbarer bezahlbarer Kinderbetreuung betont. Für die Niederlande wird zudem empfohlen, das Steuersystem so zu reformieren, dass weibliche Teilzeitbeschäftigung in einer Ehe mit vollzeitbeschäftigtem Partner nicht länger begünstigt wird.

- [Part-time and Partly Equal: Gender and Work in the Netherlands](#) 

## ESPN: Bericht über Strategien im Kampf gegen Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung am Wohnungsmarkt

Das European Social Policy Network hat einen Bericht über die nationalen Strategien zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt sowie einzelne Berichte für die europäischen Staaten veröffentlicht. Obwohl es in einigen Ländern inzwischen integrierte Strategien aus verschiedenen Maßnahmen gebe, bliebe die Wohnungslosigkeit in Europa ein drängendes Problem: In 24 von 28 Mitgliedstaaten ist sie in den letzten zehn Jahren angestiegen. Genaue Angaben könnten nicht berichtet werden, da die Datenlage zur Anzahl betroffener Personen lückenhaft sei. Die vorliegenden Daten weisen dennoch darauf hin, dass die Obdachlosigkeit in den meisten EU-Staaten angestiegen und nur in Finnland gesunken ist. Europaweit zeigen sich ähnliche demographische Muster in der Betroffenheit: Die größte Gruppen bilden Männer im arbeitsfähigen Alter. Frauen und Kinder befinden sich häufiger in versteckter Wohnungslosigkeit, leben also in provisorischen Unterkünften. Der wichtigste Faktor für den Anstieg der Wohnungslosigkeit ist in ganz Europa der Wohnungsmarkt mit steigenden Preisen und einer steigenden Zahl an Zwangsräumungen. Im Bereich der Bekämpfung beginnen sich „Housing First“ Strategien durchzusetzen, bei denen neben allen weiteren sozialen Problemen das Problem der Wohnungslosigkeit zuerst angegangen wird, um Betroffenen einen stabilen Ausgangspunkt für ihre weitere Entwicklung zu bieten.

- [Fighting Homelessness and Housing Exclusions in Europe](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
03.-04. Okt. 2019 Helsinki, Finnland	<a href="#">Shaping a healthy environment fit for children</a>	COFACE Families Europe
10. Okt. 2019 Brüssel, Belgien	<a href="#">Civil Society Cooperation in the youth field</a>	European Youth Forum
17.-18. Okt. 2019 Stuttgart, Deutschland	Programmplanungstreffen YES Forum	<a href="#">YES Forum</a>
15.-16. Nov. 2019 Rom, Italien	<a href="#">Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges</a>	International Commission on Family and Couple Relations
20. Nov 2019 Paris, Frankreich	<a href="#">Building Resilience in Vulnerable Children</a>	OECD
22.-23. Nov 2019 Amiens, Frankreich	<a href="#">Extraordinary General Assembly EYF</a>	European Youth Forum

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

